

(Im Inhaltsverzeichnis: „Hartmut Tölle über Spaltung und Ausgrenzung in Deutschland“)

## **Gegen Spaltung und Ausgrenzung**

Von Hartmut Tölle

Tiefe Risse ziehen sich durch unsere Gesellschaft. Sie spalten in Arme und Reiche, Deutsche und Ausländer, prekär und regulär Beschäftigte, Vermögensbesitzende und Vermögenslose. Immer mehr Menschen, die benachteiligten Gruppen angehören, werden immer weniger als gleichberechtigter Bestandteil der Gesellschaft wahrgenommen. Sie werden ausgestoßen, diskriminiert und durch staatliches Handeln weiter benachteiligt.

Die neoliberalen Heilslehren haben – auch mit ihrer Art der Krisenbewältigung – dazu beigetragen, dass sich die Spaltung der Gesellschaft in beispielloser Weise noch beschleunigt. Die Nutznießer dieser Entwicklung werden immer dreister. Von Gier und Habsucht getrieben, haben sie jeglichen Bezug zur Realität, zu demokratischen Werten und zu ethischer Verantwortung verloren. Der Ausspruch des damaligen FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, der Anfang 2010 von „spätromischer Dekadenz“ und „anstrengungslosem Wohlstand“ schwadronierte, ist vor diesem Hintergrund an Arroganz und Dummheit kaum zu überbieten.

Deutschland ist längst in Schiefelage geraten. In einer gespaltenen und unsozialen Gesellschaft wollen wir aber nicht leben. Wir Gewerkschaften fordern deshalb zu Recht, dass die Beschäftigten endlich ihren gerechten Anteil am aktuellen Aufschwung bekommen. Wir fordern höhere Löhne und Gute Arbeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie waren es schließlich, die mit zeitlicher Flexibilität und mit Lohninbußen dafür gesorgt haben, dass die Krise bewältigt werden konnte. Und sie waren es schließlich, die seit Jahren Reallohnverluste hinnehmen mussten.

Das Gegenteil aber müssen wir beobachten: Die Arbeitgeber predigen Lohnzurückhaltung, um ihre dicken Gewinne selbst einstreichen zu können. Gemeinsam mit der Bundesregierung weiten sie Niedriglöhne, befristete Jobs und unsichere Arbeit immer weiter aus. Prekäre Arbeitsbedingungen prägen den Alltag von Millionen von Beschäftigten. Teilzeitstellen und Befristungen im Niedriglohnbereich haben zugenommen. Leiharbeit frisst sich wie Säure in die Kernbelegschaften. Die Zahl der Leiharbeiter ist doppelt so hoch wie noch vor sieben Jahren. In Supermärkten, Hotels und Gaststätten ist eine unbefristete Vollzeitstelle mittlerweile die Ausnahme, schlecht bezahlte Minijobs sind die Regel. Einige Unternehmen sind zu rechtsfreien Zonen geworden, die der Sklaverei immer ähnlicher sind. Bei Beschäftigten sind Existenzängste weit verbreitet; wer unverschuldet den Arbeitsplatz verliert, findet sich rasch in bitterer Armut wieder.

Die Politik hat die Arbeitgeber geradezu ermuntert, Arbeit schlecht zu bezahlen. Rund 130.000 Beschäftigte in Niedersachsen brauchen staatliche Unterstützung, obwohl sie Arbeit haben. 1,1 Mrd. Euro Steuergeld gibt das Land für diese so genannten „Aufstocker“ aus, damit es bei den Unternehmen zusätzlich in der Kasse klingelt. Bundesweit sind es 11 Milliarden Euro. Ausgerechnet die, die am lautesten gegen Subventionen schreien, geben die meisten Steuergelder für solche Lohnsubventionen aus.

Erwerbsbiografien werden zunehmend unstet. Phasen voller Erwerbstätigkeit wechseln sich mit Phasen der Teilzeit-Arbeit oder der Arbeitslosigkeit ab, ebenso Phasen mit besserem Einkommen und Phasen mit geringem Einkommen. Dass das sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis an Bedeutung verliert, ist schon Skandal genug. In Verbindung mit der „Rente mit 67“ wird diese Entwicklung zukünftig aber noch verheerendere Folgen haben. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft wird sich gerade im Alter zeigen – wenn es uns nicht gelingt, die Rente mit 67, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne zu verhindern.

Die Fakten sind eindeutig: Nur zehn Prozent der 64-Jährigen haben überhaupt noch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Schon die Rente mit 65 erreichen nur die wenigsten aus regulärer Beschäftigung heraus. Für die Betroffenen bedeutet dies erhebliche Kürzungen bei „vorzeitigem“ Renteneintritt. Altersarmut wird damit zum Normalfall werden – und zwar besonders für jene Kolleginnen und Kollegen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis 67 arbeiten können. Das sind vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich diejenigen, die körperlich schwere Arbeit leisten.

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zeigt sich auch daran, wie hierzulande mit Arbeitslosen umgegangen wird. Mit Hartz IV werden sie auf niedrigstem Niveau abgespeist. Sie werden drangsaliert und sozial ausgegrenzt. Auch schlecht bezahlte Jobs weit unter ihrem Ausbildungsniveau gelten als zumutbar. Weiterbildungsmöglichkeiten werden zunehmend gestrichen: Gefordert wird viel, gefördert wenig. Und eine enorme Zahl von Erwerbslosen gilt offiziell gar nicht als arbeitslos: Sie befinden sich in Maßnahmen der Arbeitsagentur oder werden aus der Statistik einfach herausgenommen. Nicht zuletzt melden sich viele Arbeitslose bei der Agentur für Arbeit gleich gar nicht mehr an, sie haben jede Hoffnung auf einen Arbeitsplatz verloren. So wird gesellschaftliche Ausgrenzung zu statistischer Unsichtbarkeit.

Die soziale Schieflage in Deutschland hat ihre Ursache aber auch darin, dass der Staat seit Jahren seiner Verantwortung für soziale Sicherung und Umverteilung von Reich zu Arm nicht mehr gerecht wird. Solidarität scheint für Parteien und Arbeitgeber ein Fremdwort geworden zu sein. Angesichts der derzeitigen Kürzungen öffentlicher Ausgaben bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen ist zu befürchten, dass sich dieser Trend weiter verschärfen wird. Und dies, obwohl Beschäftigte, Arbeitslose wie auch Rentnerinnen und Rentner sowieso schon seit Jahren geschöpft werden.

Der Staat muss endlich seiner sozialen Verantwortung nachkommen. Er muss Lohn- und Sozialdumping verbieten, er muss Gute Arbeit in den Mittelpunkt seines Handelns stellen, er muss die Sicherungssysteme stärken und Menschen in jeder Phase ihres Lebens vor Armut schützen. Es gilt, die Spaltungen in unserer Gesellschaft zu überwinden. Hierfür braucht es einen grundlegenden Politikwechsel. Ihn allerdings wird es nur in klarer Konfrontation mit denjenigen geben können, die von Spaltung und Ausgrenzung profitieren. Ein Zitat des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt aus dem Jahr 1936 beschrieb dies treffend: „Wir kämpfen seit [...] Jahren erbittert gegen die Hochfinanz und Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten [...]. Sie alle hatten sich daran gewöhnt, die Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“

Wir dürfen ihnen nicht nachgeben.

*Hartmut Tölle ist Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*